

Hannes Androsch

PROLOG

Die Welt von morgen Rahmenbedingungen für ihre politische Gestaltung

2015 ist ein Jahr der Erinnerung an große historische Ereignisse: Vor 200 Jahren endeten die napoleonischen Kriege als Ausfluss der Französischen Revolution, die das Ende des Ancien Régimes bewirkte, sowie der Wiener Kongress. Die damals getroffene politische Neuordnung sicherte für einige Jahrzehnte eine weitgehend friedliche Entwicklung in Europa. Allerdings wurde es verabsäumt, die mit der Ablöse des Feudalsystems durch das Industriesystem – from field to factory – entstandenen sozialen Probleme, die durch zunehmende Landflucht verschärft wurden, zu thematisieren. Diese standen auch bei den Revolutionen des Jahres 1848 nicht auf der Tagesordnung. Eine weitgehende Entschärfung der sozialen Frage geschah erst viel später mit der Schaffung des Wohlfahrtsstaates in den europäischen Ländern. An dieser Zentriertheit hat sich bis heute nur wenig geändert. Lediglich sieben Prozent der Weltbevölkerung genießen 50 Prozent der globalen Sozialausgaben. Allerdings findet die Finanzierung der bestehenden wohlfahrtsstaatlichen Systeme aufgrund einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft immer mehr zu Lasten der nachkommenden Generationen und damit der Zukunft statt.

Auch das Entstehen des Nationalismus fand in den Verhandlungsergebnissen des Wiener Kongresses keine Berücksichtigung. Dieser entwickelte sich aber zu einer immer stärker werdenden politischen Bewegung, die zunehmend zu Konflikten führte, deren Eskalation zu der grausamen Vernichtungsgigantomanie der beiden Weltkriege, Genoziden, Vertreibungen und den Holocaust als Höhepunkt dieses Infernos.

Vor 70 Jahren endete der Schrecken des Zweiten Weltkriegs. In den sieben Jahrzehnten, die seither vergangen sind, gelang es Europa, trotz der Zweiteilung durch den Eisernen Vorhang und der Berliner Mauer wie ein Phönix aus der Asche aufzusteigen. Wesentliche Grundlagen dafür waren der Sicherheitsschirm und die Marshallplan-Hilfe der USA, in der Folge die europäische Integration, aber auch die zunehmende Liberalisierung der Welthandelsbedingungen, billiges Erdöl sowie der technologische Fortschritt vor allem im Transportwesen und der Kommunikation. Die wirtschaftliche Gewichtung Europas im Weltmaßstab findet aber bislang in der politischen keine Entsprechung, von der militärischen Bedeutung ganz zu schweigen. Der Befund von Egon Bahr, dass Europa wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg und militärisch ein Wurm sei, ist aktuell geblieben. Ein Manko, wie die Konflikte im Zuge der Neuord-

nung der Welt nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Beendigung des Gleichgewichts des nuklearen Schreckens zeigten.

Die Entkolonialisierung, die mit Indien am 15. August 1947 ihren Ausgang nahm, hat den Ländern der Dritten Welt den Weg für ihre Entwicklung zu Emerging Markets, also industriellen Schwellenländern, eröffnet. Viele davon sind im Begriff, zu den entwickelten Industrieländern aufzuschließen. Als beschleunigender Faktor wirkte bei dieser Entwicklung das Ende des Kalten Krieges, das der Autarkieorientierung der dem ehemaligen Sowjetimperium zuzählenden Staaten ein Ende bereitetete, aber auch der Aufbruch der frei gewählten Isolation von China und Indien. In der Folge haben sich in den 60 Jahren zwischen der ersten und zweiten in Indonesien abgehaltenen Bandung-Konferenz, einer von 29 auf 109 Länder angewachsene Zusammenkunft afrikanischer und asiatischen Staaten, darunter China und Indien, auf der Bühne der Welt große Bedeutungsverschiebungen ergeben.

Die Vereinigten Staaten werden auch nach dem Ende der Bipolarität bis weit in das 21. Jahrhundert hinein die stärkste Macht bleiben. Die zukünftige Rolle Europas im sich derzeit neu ausbildenden weltpolitischen Kräfteparallelogramm wird weitgehend davon abhängen, ob Europa als politische Einheit in Erscheinung treten wird und ob es Europa gelingen wird, bei aller wünschenswerten Vielfalt mehr Einheit und Geschlossenheit nach außen zu erreichen und eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik auf den Weg zu bringen. Dies wird darüber entscheiden, ob Europa mit seiner zunehmend alternden Gesellschaft und einem immer geringer werdenden Anteil an der Weltbevölkerung auf der Weltbühne Mitspieler oder Spielball sein wird. – »If we don't hang together, we'll hang separately« (Mark Twain).

Von welcher eminenter Bedeutung die zukünftige Positionierung Europas ist, zeigen die akuten Konflikte auf der Krim, in der Ukraine, im Nahen und Mittleren Osten sowie im nördlichen Afrika. Das völkerrechtswidrige Vorgehen Putins ist nicht zu akzeptieren und muss große Besorgnis auslösen. Das gilt umgekehrt auch für das Verhalten des Westens und zwar sowohl wegen der von der USA forcierten NATO-Erweiterung als auch der von der EU verfolgten Einbindungspolitik der Ukraine ohne auf die bestehende Verflechtung der Ukraine mit Russland, vor allem aber eine wirtschaftliche Einbindung Russlands gebührend Bedacht genommen zu haben. Diesbezüglich hätte man aus dem Präzedenzfall Georgien einiges lernen und realpolitische Rückschlüsse ziehen können. Zudem hat der herablassende Triumphalismus seitens des Westens gegenüber Russland nach dem Ende des Kalten Krieges, der mit der Bemerkung, Russland sei nur mehr eine Regionalmacht, einen verbalen Tiefpunkt erreichte, nicht unwesentlich zur Verhärtung der Fronten beigetragen. Auch der EU war und ist mehr Realitätssinn anzuraten: Europa ist mit Russland, dessen europäischer Teil gut vier Zehntel des europäischen Kontinents ausmacht und von dessen Bevölkerung 80 Prozent westlich des Urals leben, nicht unähnlich einem siamesischen Zwilling verbunden. Ohne Russland ist in Europa

Sicherheit nicht zu gewährleisten. Wirtschaftlich hängen beide voneinander ab; dies gilt für Russland noch mehr als für Europa.

Bereits unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, der die Logik der Geographie wieder zu ihrem Recht kommen hat lassen, wäre eine intensivere Nachbarschaftspolitik angebracht gewesen. Diese ist daher überfällig (vergleiche etwa die Verkehrsverbindungen von Wien und Linz nach Prag).

Eine Vielzahl weltpolitischer Brandherde in der von Marokko bis zum Iran reichenden Region der MENA¹-Staaten sind uns geographisch näher und betreffen uns daher ungleich mehr als etwa die USA oder die Volksrepublik China. Dies wird in Europa in drastischer Weise durch den zunehmenden Flüchtlingsstrom und den steigenden Migrationsdruck offenkundig. Aber nicht nur in dieser Frage muss nach zukunftstauglichen internationalen politischen Lösungen gesucht werden. Gleiches gilt auch für die Sicherung der Rohstoff- und Energiebeschaffung Europas. Daher muss sich Europa endlich darüber klar werden, dass es seine diplomatischen Bemühungen selbst schwächt, wenn es sich so wie bisher vor allem mit sich selbst beschäftigt und nicht bereit oder erst auch gar nicht in der Lage ist, relevante militärische Aufgaben zu übernehmen.

Eine enorme politische Sprengkraft geht in von dem sich in weiten Teilen der Welt immer mehr zuspitzenden Problem der Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Wasser aus. Der Klimawandel, die zunehmende Weltbevölkerung und die steigende Urbanisierung und Agglomeration von Ballungszentren könnte Wasser – bereits als Erdöl unseres Jahrhunderts bezeichnet – zur Ursache für weitere Brandherde werden lassen. Die Gebiete, die mit Wasserarmut kämpfen, reichen von Kalifornien über den Nahen Osten und die arabische Halbinsel bis hin nach Pakistan und China mit seinen Versorgungsengpässen. Schon jetzt stehen zahlreiche kriegerische Machtkämpfe im ›Schitischen Halbmond‹ vom Jemen über den Iran in den Libanon und dem ›Sunnitischen Dreieck‹ zwischen Riad, Kairo und Ankara in unmittelbarem Zusammenhang mit Wasser. Es ist in unseren Breiten wenig bekannt, dass der unmittelbare Anlass für den Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien in Verbindung mit einem lokalen Konflikt über eine als ungerecht empfundene Zuteilung von Wasser stand. In ähnlicher Weise begann auch im Jemen 2011 der Aufstand in Taiz, einer der am meisten unter Wassermangel leidenden Städte des Landes.

Unser Zeitalter gilt als das Anthropozän, das Zeitalter des Menschen, also eines erdgeschichtlichen Zeitabschnitts, in dem der Mensch zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf dessen biologische, geologische und atmosphärische Prozesse geworden ist. Umso wichtiger ist, dass

1 MENA = Middle East & North Africa.

auf der Suche nach Lösungen für die Probleme der Welt in gesamthafter und weltumspannender Weise gedacht und gehandelt wird.

Dies macht auch erforderlich, dass sich die Machtverschiebungen, die mit der Implosion des sowjetischen Imperiums und dem Ende der Bipolarität einhergegangen sind, auch in den globalen Institutionen wie etwa der UNO, dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen widerspiegeln muss. Die Negierung dieser Tatsache fördert diesbezüglich das Entstehen von Parallelwelten. Durch diese wird es aber nicht leichter, die anstehenden und immer größer werdenden Probleme der Welt anstatt durch kriegerische Auseinandersetzungen durch Kooperation einer vernünftigen und friedlichen Lösung zuzuführen.

Die Folgen der Klimaveränderung, die Verschmutzung der Umwelt, für die die im Meer treibenden Plastikabfälle zu einem neuen Symbol geworden sind, die Gefahr von Pandemien, die internationale Kriminalität und der globale Terrorismus zeigen einmal mehr, dass die einzelnen Staaten für kleine Aufgaben längst zu groß und für die großen Aufgaben längst zu klein geworden sind. Dies gilt auch für die tiefgreifenden Veränderungen, die mit der digitalen Revolution, mit Big Data, der Robotisierung und künstlicher Intelligenz einhergehen. Diese Entwicklungen werden nicht nur das Alltagsleben der Menschen von Grund auf verändern, sondern vor allem auch die Welt der Arbeit, wofür auch die neuen Schlagworte wie ›Industrie 4.0 und 5.0‹ oder ›Cyber Physical Systems‹ stehen. Im Zuge dieser Entwicklung wird nicht mehr den jetzt gängigen, sondern neuen Anforderungsprofilen und Qualifikationen entsprechen werden müssen. Dies ist mit der eminent wichtigen gesellschaftspolitischen Herausforderung verbunden, dafür ein zeitgemäßes Bildungs- und Ausbildungswesen zu schaffen. Dies vor allem auch in Hinblick darauf, dass all diese rasanten und tiefgreifenden Veränderungen für jeden Einzelnen, für jedes Land, für Europa und die Welt vor allem auch beträchtliche Chancen eröffnen, die es aber auch zu nutzen gilt. Davon wird vor allem auch abhängen, ob die Armut erfolgreich bekämpft und mehr Verteilungsgerechtigkeit bewirkt werden kann.

Dem steht der zunehmende Reformstau nicht nur in Österreich in Verbindung mit Blockaden in gefährlicher Weise entgegen, weil dadurch in selbstzufriedener Bequemlichkeit, Trägheit und mutloser Selbstgefälligkeit in zukunftsvergessender Weise verhindert wird, die künftige Entwicklung erfolgreich zu gestalten. Dann aber droht der Verlust der Zukunft auf der Straße der Verlierer.

Um dies zu vermeiden, muss in unserem Land die wirtschaftliche Standortqualität rasch verbessert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden, damit wir gegenüber Deutschland und der Schweiz nicht weiter zurückfallen. Dafür sind insbesondere die Sicherung und der Ausbau einer zeitgemäßen industriellen Basis notwendig. In der Vergangenheit hat der forcierte Ausbau der Industrialisierung vor allem die USA, Deutschland und Japan in eine weltweite Führungsposition gebracht. In der Welt von morgen werden jene an der Spitze

mitmischen und davon profitieren, die die Chancen der neuen, in rasantem Tempo voranschreitenden industriellen Entwicklungen zu nutzen verstehen.

Daher ist es für Österreich überlebenswichtig, die anhaltende Lethargie und die bestehende Lähmung in einem nationalen Schulterschluss zu überwinden. Mit einer Ankündigungspolitik, die einem Kicken leerer Blechdosen gleicht, sowie Schönrederei und Gesundbeten wird das allerdings nicht zu erreichen sein. Dafür bedarf es vielmehr eines zukunftsorientierten Spirits nach dem Motto: ›Yes we can do it and we must!‹